

neuen Fassung des Tagerstatuts in demselben Augenblick aufzuheben, in dem Spanien aufgehoben werde, das Opfer zu bringen und in dem Völkerverband zu verbleiben, obwohl seiner berechtigten Forderung nach einem ständigen Ratifiziert nicht nachgegeben wird.

### England sagt Nein

S. London, 31. August. (Eig. Funkspruch.)

Die englische Regierung hat am Montag in Madrid ihre Antwort auf das spanische Memorandum über die Tagerfrage überreichen lassen. Auf Grund von Mitteilungen, die Chamberlain im Unterhaus am Montag machte, hat England erwidert, daß es die Unterzeichnung in Spanien nicht annehmen könne. Es ist aber bereit, mit der französischen Regierung die der Tagerkonvention noch nicht angehört, der Konvention beitreten könnten. Die spanische Regierung habe dann Gelegenheit, ihre Wünsche vorzubringen. Als ein Abgeordneter den Außenminister im Unterhaus fragte, ob die Völkerverbundtagung im September eine geeignete Gelegenheit zur Erörterung der Tagerfrage bilde, erwiderte Chamberlain: „Ich glaube nicht!“

### Mussolini fordert Gehör

R. Rom, 31. August. (Eig. Funkspruch.)

Die italienische Regierung hielt am Montag einen Ministerrat ab, in dessen Verlauf Mussolini einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Lage Italiens gab. Er erklärte unter anderem, daß Italien im Falle einer Tagerkonferenz eine Teilnahmewünsche, und zwar entweder in seiner Eigenschaft als Unterzeichner des Vastes oder aber als große Mittelmeermacht. Was die Wiener Tagung betreffe, so sei die Haltung der italienischen Delegation einwillig festgelegt, wenn auch innerhalb „strikter“ Grenzen.

### Nationale Schimpffreiheit

SPD. Die Verleumdung des preussischen Innenministers geduldet von jeder zu dem Handwerk von Facmeister und Konferten, ohne daß sich die Justiz dieser moralisch minderwertigen Gestalten auch nur einmal gedehrend angenommen hätte. Es ist sogar vorgekommen, daß ihnen in einzelnen Fällen von den Gerichten der gute Glaube zugesprochen wurde und sie in der Fortsetzung ihres schandigen Treibens geradezu bestärkt worden sind. Was haben sie nicht alles wider besseres Wissen in den letzten Jahren behauptet?

Im Jahre 1924 sagte die Vergiftungs-Markische Zeitung des Herrn Facmeister dem preussischen Minister des Innern Beziehungen zu einem Festschreiber Kiefer und ein ausführliches Eingreifen des Ministers zu dessen Gunsten. In dem von den Ästen wird nachgewiesen, daß Severing niemals einen Herrn Kiefer gekannt hat. Die Verleumdung wurde trotzdem von der „nationalen“ Presse wochenlang übernommen und so lange breitgetreten, bis schließlich trotz der Dementis etwas dahingelassen geblieben war.

Im Jahre 1925 behauptete das Deutsche Tageblatt, daß schon 1919 Severings Name im Zusammenhang mit einer großen Schulschiebung genannt worden sei. Auch diese Behauptung wird sofort als völlig aus der Luft gegriffen gekennzeichnet. Aber inzwischen hatte sie ihre Wirkung getan.

In dem gleichen Jahre tauchte die Lüge auf, Severing habe sich von einer Firma mit Lebensmittelwaren usw. betrieblen lassen, um ihr Aufträge der Schutzpolizei zugunsten. Diese Lüge war ebenfalls völlig aus der Luft gegriffen. Als sie in den einzelnen Zeitblättern richtiggestellt wurde, war der erstrebte Erfolg erzielt.

Nobis, jahrein ist dieses Spiel fortgesetzt worden. Erst in den letzten Wochen wurde in der Lippenpresse behauptet, daß Severing mit Skaller in unzulässiger geschäftlicher Verbindung gestanden habe, daß Severing mit dem Kriminalkommissar Busdorf befreundet sei und diesen deshalb unredlich zum Kriminalkommissar ernannt habe, daß er aus Freundschaft für Soas den gleichen Busdorf nach Magdeburg geschickt habe usw. Die Justiz aber schweigt, als ob die „nationale“ Schimpffreiheit gegen republikanische Minister ein selbstverständliches Recht aller nationalen Männer wäre.

Wer wundert sich da noch über die Vertrauenskrise der Justiz?

### Erzberger-Gedenkfeier

Am Sonntag veranstaltete das Reichsbanner Ullm am Grab Erzbergers in dessen Heimatstadt Würrich eine einblühende Gedenkfeier. Die Gedenkfeier hielt Kommod Meckmann mit Dr. Bahigmann, Ullm. Er zeichnete ein Lebensbild Erzbergers und wies darauf hin, daß in dem Toten ein Mann von ungewöhnlichem Format dem Volk gewonnen worden sei. Die Tätigkeit Erzbergers und ihre Bedeutung für die Einheit des Reiches werde erst in späterer Zeit einmal anerkannt werden. Die Republikaner ehten sein Ansehen am besten, wenn sie, wie er, unerschrocken für eine freie, soziale, demokratische Republik weiterkämpften. Unter dem mächtigsten Trommelschlag erfolgte die Wiederlegung eines großen Vortrags mit schmerzvollem Schicksal. Die würdigen, vereinigten Regierung und das Reichsbanner hatten von der Veranstaltung keine Notiz genommen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Neulingen, wird im Herbst am Geburtsort Erzbergers in Ottenhausen eine künstlerische Gedenkfeier aus Bronze anbringen lassen. Mit der Enthüllung soll ein größeres Aufsehen des Reichsbanners verbunden mit einer republikanischen Kundgebung stattfinden. Die Gedenkfeier wird der Zentrumskassendirektor Diez, der bei dem Attentat selbst durch zwei Revolverkugeln in die Schulter verwundet wurde, halten.

### Wege zum deutschen Einheitsstaat

Führertagung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes

Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes veranstaltete am 25. und 26. September im Berliner Reichshaus eine große Führertagung mit dem Thema: „Welche Wege führen zum deutschen Einheitsstaat?“. Es wurden die wichtigsten Aufgaben der Reichsbannerbewegung, die Nationalisierung der Wirtschaft, Förderung der Sozialpolitik, und die den nationalen Lebensnotwendigkeiten der deutschen Kultur einheit.“

Die führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, wie vor allem auch die Regierungen des Reiches und der Länder, die Selbstverwaltungskörperschaften usw. sind zu dieser Tagung, auf der von hervorragenden Red-

renen dieser für die weitere geistliche Entwicklung Deutschlands, des Reiches und der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaft entscheidende Problem erörtert wird, eingeladen. Der Deutsche Republikanische Reichsbund wird außerdem vor der Führertagung noch eine umfangreiche Denkschrift, von ersten Fachkennern bearbeitet, herausgeben, die an Hand eingehenden statistischen Materials, unterstützt durch eine große Anzahl graphischer Darstellungen, das Problem in seinen Voraussetzungen und Auswirkungen behandelt.

Interessenten, die aus wirtschaftlichen, politischen oder wissenschaftlichen Gründen die Denkschrift erwerben wollen, erhalten sie gegen Voreinsendung von 3 M. oder gegen Nachnahme vom: Deutschen Republikanischen Reichsbund, Frankfurt a. M., Renauststraße 38.

### Kleine politische Nachrichten

Die Teuerung in Frankreich. Die nationalistische „Liberte“ muß, auf Grund einer Umfrage bei verschiedenen zuständigen Stellen, zugestehen, daß die Teuerung in Paris der offiziellen Offensiv, die Pointard gegen sie unternahm, siegreich widerstehen sich nicht, der Preise entsprechende Mittelungen zu machen. Der Preis für Lebensmittel für den 15. September voran, wenn Tausende von Pariser aus der Sommerfrische zurückkehren.

Verboten. Die Rote Fahne meißel aus Halle, daß der Regierungsräsident von Merseburg den für den 1. und 5. September angelegten roten Tag in Leipzig verboten hat.

## Völkerverbund, Achttundentag, Kolonialfragen

Die Ergebnisse der Züricher Konferenz

Zürich, 30. August. (Eig. Draht.)

Die Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale wurde am Sonntagabend beendet. De Brundere, Belgien, und Otto Bauer, Österreich, legten gemeinsam der Exekutive einen Revisionsentwurf über die Völkerverbundfragen vor. Nach einer eingehenden Aussprache, an der sich, außer Bauer und de Brundere noch Diamond, Polen, Renaudel, Frankreich, Brodman, England, und der Sekretär der Internationale, Adler, beteiligten, wurde die Entschließung einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Exekutive betrachtet es als Aufgabe des nächsten Kongresses der SWI, die Grundzüge der Aktion der Internationalen gegenüber dem Völkerverbund und seine Auffassung über dessen Demokratisierung eingehender festzulegen. Sie erinnert an ihre früheren Beschlüsse über den Völkerverbund und erklärt:

1. Die Exekutive anerkennt die Dienste, die Sozialisten, als Vertreter ihrer Länder, in Genf durch gemeinsame Arbeit für die Annäherung der Völker und durch eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundzügen der Internationalen leisten können. Um aber ihre Tätigkeit für die Sache des Weltfriedens und des internationalen Sozialismus so fruchtbringend wie möglich zu gestalten, ist es notwendig, daß die einzelnen Parteien die Voraussetzungen festlegen, unter denen sie einer ihrer Mitglieder ermächtigen, ein Mandat zur Versammlung oder im Rat des Völkerverbundes anzunehmen und die von der Regierung ausgehenden Weisungen die Ausübung des Mandats unter Bedingungen gestatten, die mit den Grundzügen der Internationalen Sozialistischen Arbeiterbewegung und den Beschlüssen der SWI vereinbar sind;
2. daß ein enger und regelmäßiger Kontakt zwischen dem Delegierten und seiner Partei aufrechterhalten werde;
3. daß die SWI, regelmäßig die Probleme unterläßt, die den Völkerverbund beschäftigen, und ihre Haltung gegenüber diesen Problemen festlegt, um so den einzelnen Parteien und den Delegierten die notwendigen Grundlagen zu liefern, die sie in die Lage versetzen sollen, die unter 1 und 2 angeführten Pflichten zu erfüllen. Die Exekutive beschließt, eine Kommission zum Studium der Fragen der Demokratisierung des Völkerverbundes einzusetzen, die für den nächsten Kongress Bericht erstatten wird.

Eine weitere Entschließung wurde zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achttundentag eingebracht, zu der Lofe, Palästina, einen Ergänzungsantrag über die Durchführung des Achttundentages in den Kolonialgebieten und den Mandatsländern des Völkerverbundes vorlegte. Im Namen der englischen Delegation unterstützte Williams diesen Ergänzungsantrag und sprach die Überzeugung aus, daß auch die belgischen und die französischen Sozialisten für die Erfüllung dieser Forderung eintreten werden. Es sprach dann noch ein Vertreter der italienischen Sozialdemokratie, der das Verhalten der sozialistischen Regierung in dieser Frage als einen Bruch der internationalen Verpflichtungen bezeichnete. Folgende Entschließung wurde daraufhin einstimmig beschlossen:

Die Exekutive brandmarkt das Dekret der faschistischen Regierung Italiens, das, unter Bruch der belgischen Ratifizierung des Abkommens von Washington, die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verlängert, als ein Attentat nicht nur auf die

italienische, sondern auf die gesamte internationale Arbeiterschaft. Die Exekutive verurteilt das britische Gesetz über die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau als eine schwere Gefahr nicht nur für die britischen Bergarbeiter, die im belgischen Abkommen wechselläufig sind, sondern auch für die Bergarbeiter aller Länder. Mitverantwortlich für diese Forderungen der faschistischen Reaktion sind alle Reaktionen, die immer noch die Ratifizierung des Abkommens von Washington vereiteln oder verschleppen. Deßhalb größere Bedeutung hat daher der Erfolg der belgischen Arbeiterpartei, der es gelungen ist, trotz der schweren finanziellen Krise des Landes die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Belgien durchzusetzen. Die Exekutive erwartet, daß dieser Erfolg durch belgischen Arbeiterpartei die Anstrengungen aller sozialistischen Parteien kräftigen wird, auch in ihren Ländern die internationale Sicherung des Achttundentages durchzusetzen und erklärt, daß nunmehr alle Kraft darauf konzentriert werden muß, in Frankreich, Deutschland und England die endliche Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu erkämpfen. Die Exekutive hält es für eine Aufgabe der sozialistischen Parteien jener Länder, die Kolonien und Mandatsgebiete des Völkerverbundes zu verwalten, für die Einführung des Achttundentages wie des Arbeiterertrages überhaupt in diesen Gebieten mit allen Kräften zu wirken.

Im Sinne der Beschlüsse des Internationalen Kongresses von Marzelle wurde zu der Frage der Bildung eines Internationalen Frauenkomitees in eingehender Diskussion Stellung genommen. Es wurde beschlossen, eine Sitzung der Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung im Dezember 1926 in Brüssel abzuhalten. Die Exekutive wird erst in ihrer nächsten Sitzung die endgültige Beschlussfassung über die Organisation des Frauenkomitees vornehmen.

Die Exekutive hörte schließlich noch ausführliche Berichte über die Lage in Italien und Ungarn und beschloß, die Frage der Förderung der Arbeiter-Sportorganisationen auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzung zu stellen. Meinungsverschiedenheiten über die vor der Sozialdemokratie der Ukraine in letzter Zeit eingeschlagene Politik wurden der Minoritätenkommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Verichterstattung überwiesen. Auf Antrag von Erikson, Deutschland, wurde endlich beschlossen, an den verabschiedeten Führer der russischen Sozialdemokratie, Kuzin, der sich im Beschlusse in Moskau befindet und an einer früheren Sitzung der Exekutive als Vertreter der russischen Sozialdemokratie teilgenommen hatte, ein Begrüßungstelegramm zu richten, das an die Leitung der russischen Tscheka adressiert wurde.

Im Zusammenhang mit den Beratungen der Exekutive trat die von der letzten Tagung der Exekutive gewählte Studienkommission für die kolonialen Fragen zusammen. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden den Abgeordneten Biegen, Holland. Die Kommission beschloß, von den der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien Berichte über die Fragen der sozialistischen Kolonialpolitik einzuholen. Sie wird jedoch, im Anschluß an die nächste Exekutivtagung, nochmals zusammentreten.

## Forderungen der Arbeitslosen

D. München, 30. August. (Eigener Bericht.)

Der Verbandsrat Bayern des ADGB und der AöV-Bund, Landesverband Bayern, nahmen in einer gemeinsamen Sitzung mit den Gau- und Bezirksleitern in Regensburg Stellung zur gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes und der Erwerbslosenfürsorge in Bayern. Die Konferenz beschloß eine Eingabe an die bayerische Staatsregierung zu richten, in der es als dringlichste Aufgabe der Regierung bezeichnet wird, für den kommenden Winter die Beschaffung von Arbeit auf der denkbar breitesten Grundlage zu organisieren und dabei in erster Linie eine viel weitergehende Finanzierung des Wohnungsbau- und Beschaffungsprogramms der bayerischen Regierung wird als durchaus unzulänglich bezeichnet.

Die Regensburger Konferenz beschäftigte sich außerdem noch mit einer Reihe für die Arbeiterschaft wichtiger Fragen. Angehts der im Jahre 1925 in Bayern erstreckten gestiegenen Zahl der Betriebsunfälle — die angemeldeten Unfälle stiegen auf 41.994, was eine Mehrung um 49 Prozent bedeutet — richteten die freien Gewerkschaften Bayerns an die Staats- und Gemeindebehörden sowie an die Berufsgenossenschaften die ernste Mahnung, den Unfallgefahren und ihrer Verhütung in den Arbeitsstätten weit größere Beachtung als bisher zu widmen. — Infolge der

### Häufung der Eisenbahnunfälle

gerade im Bereich der Gruppenverwaltung Bayern fordern die freien Gewerkschaften ein Interesse der Verkehrssicherheit, daß die Betriebsverrichtungen mehr als bisher bei der Unfallverhütung und bei der Unfallkontrolle mitwirken haben, daß ferner dem unnötigen Personalabbau endlich Einhalt geboten und dem Personal nicht überlange Dienstschaften aufgebürdet werden; für die Ausführung der rüchständigen Oberbauarbeiten müßten und können möglichst viele Arbeiter verwendet werden.

Schließlich richteten die freien Gewerkschaften Bayerns an die bayerische Regierung nochmals die Forderung, daß der Reichsregierung endlich mit dem größten Nachdruck dahin zu wirken, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die im Artikel 165 der Reichsverfassung der Arbeitnehmerschaft garantierte Mitwirkung an der Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens auf paritätischer Grundlage mit den Unternehmern in den berufsständischen Kammern gewährleistet.

D. Königsberg, 30. August. (Eigener Bericht.) Die von der Reichsregierung angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben für den deutschen Osten bisher keine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit gebracht. Sie erweisen sich immer mehr als völlig unzulänglich. Der vom 26. bis 28. August in Albit und Magnit tagende Ostpreussische Stadertag hat deshalb eine Entschließung angenommen, in der gegen diese Unzulänglichkeit protestiert wird.

SPD. Die Zahl der Kraftarbeiter, die im Juli 143.695 betrug, ist wieder um rund 10.000 zurückgegangen. Im Mai waren 170.106 Kraftarbeiter zu verzeichnen, so daß bis heute insgesamt ein Rückgang um fast 40.000 festzustellen ist. Dieser Rückgang ist unbedeutend. Die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms projektierten neuen besonderen Kraftarbeiten haben also bisher noch nicht gewirkt. Das Kraftarbeiterprogramm für das zweite Halbjahr ist zu spät vorbereitet worden. Offenbar die Lehre, damit es bei den für den Winter geplanten Straßenbauarbeiten nicht wieder so geht. Das Straßenbauprogramm wird zur Zeit vorbereitet. Es handelt sich um eine Art Reserveprogramm, das im Herbst und zu Beginn des Winters, solange die Witterung es ermöglicht, vor allem der Beschäftigung von Kraftarbeitern dienen soll.